



Ausgemustert: Wegen einer Rückrufaktion waren gestern vorübergehend keine Minipics mehr im Angebot.
Bild Yanik Bärkli

teiler und Einzelhändler informiert und die ganze Wochenproduktion zurückgerufen.

Nur «vielleicht 100 Minipics» betroffen

Der Schaber, der in den Cutter fiel, war 15 Zentimeter lang, zehn Zentimeter hoch und etwa zwei Millimeter dick. In einer Woche werden in der Produktionsanlage in Landquart etwa fünf Tonnen Fleischmasse zu Minipics verarbeitet. «Vielleicht 100 Minipics» enthalten eines oder mehrere der mitverarbeiteten Plastikstücke, schätzt Geschäftsführer Spiess.

Diese Plastikstücke können eine Grösse von bis zu zwei Zentimeter Länge aufweisen. Die Fleischtrocknerei Churwalden AG bittet deshalb alle

Kunden, die betroffenen Minipic-Produkte nicht mehr zu konsumieren, da eine Erstickungsgefahr beim Verschlucken nicht ausgeschlossen werden könne.

Kunden, die zu Hause Minipics liegen haben, können anhand der sogenannten Chargennummer auf der Verpackung erkennen, ob ihr Produkt Plastikteile enthalten könnte. Produkte mit der Nummer L501201181 können am Erwerbort abgegeben werden. Der Verkaufspreis wird rückerstattet. Neben klassischen Minipics können auch Wurstanschnitte aus der Mischschale «Eidgenosse» (L906211181) Plastikteile enthalten. Die Produkte werden landesweit in verschiedenen Grossverteilern und im Einzelhandel verkauft. Spiess rechnet damit, dass dem Unternehmen durch die Rückrufaktion ein Schaden in «tiefer sechsstelliger Höhe» entstehen wird.

Alle fleischiessenden Wanderer können übrigens aufatmen: Einen Verkaufsstopp für Minipics gibt es nicht. Weil die Ursache bekannt ist, können Produkte mit anderen Chargennummern ohne Bedenken konsumiert werden.

Kleiner Plastikschaaber, grosse Aufregung

Die Fleischtrocknerei Churwalden AG ruft eine Wochenproduktion Minipics zurück. Schuld ist ein etwa 15 Zentimeter langer blauer Plastikschaaber.

von Stefan Bisculm

Auf der Churer Maiensässfahrt von letzter Woche hatten sie wahrscheinlich in fast keinem Rucksack gefehlt. Die schlanken Minipics sind schweizweit beliebt, nicht nur bei kleinen Wanderern. Über 300 000 Stück davon stellt die Fleischtrocknerei Churwalden AG pro Woche in ihrer Produktionsanlage in

Landquart her. Genau so viele Minipics sind nun von einer landesweiten Rückrufaktion betroffen.

Kunden reklamierten

«Vor rund eineinhalb Wochen ist bei der Herstellung des Minipic-Bräts ein Hartplastikschaaber unbeabsichtigt in den Cutter gefallen und mitverarbeitet worden», erklärte der Geschäftsführer Gustav Spiess gestern auf Anfrage. Die Bündner Fleischtrocknerei

Grischuna wurde auf den Vorfall aufmerksam, nachdem zwei Kunden reklamiert hatten, beim Verzehr eines Minipics auf Stücke von Hartplastik gebissen zu haben.

Sofort nach Eingang der Reklamationen habe man interne Abklärungen in die Wege geleitet, sagte Spiess. Aufgrund der Chargennummer auf der Verpackung konnte die Produktionswoche bestimmt werden. Daraufhin wurden die Medien, Grossver-

Jenaz lehnt Parkplätze ab

Die Sägenstrasse in Jenaz kann auf Beschluss der Gemeindeversammlung saniert werden. Die ebenfalls traktandierete Erstellung von 17 öffentlichen Parkplätzen entlang der Strasse wurde jedoch abgelehnt. Im Weiteren haben die 52 anwesenden Stimmberechtigten am vergangenen Montag die Gemeindejahresrechnung 2017 genehmigt, die mit einem Plus von rund 170 000 Franken abschliesst. Ebenfalls verabschiedet wurde die Rechnung 2016/17 sowie das Budget 2018/19 des Schulverbands Fideris, Furna, Jenaz, Schiers (FFJS).

Was mit dem Oberstufenschulhaus im Ort passieren soll, wisse man noch nicht, teilte die Jenazer Gemeindeverwaltung gestern auf Anfrage mit. Das Gebäude, welches teils auch den Gemeinden Furna und Fideris gehöre, wird bald nicht mehr für diese Funktion benötigt, da die Oberstufe des FFJS-Schulverbands in Schiers zentralisiert wird. Der dafür nötige Anbau an das bestehende Oberstufenschulhaus wurde erst kürzlich von der Schierser Gemeindeversammlung genehmigt (Ausgabe vom Montag). (béz)

Opfer müssen lange warten

Nur die Hälfte der Opfer fürsorgerischen Freiheitsentzugs hat sich gemeldet. Bekommen sie jetzt auch ihr Geld doppelt so schnell? Nein, sagt der Bundesrat.

von Pierina Hassler

CVP-Nationalrat Martin Candinas wollte vom Bundesrat in der nationalrätlichen Fragestunde wissen, wie es um die Auszahlpraxis des Solidaritätsfonds an die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen steht. Anspruch haben die Betroffenen auf je 25 000 Franken. Erwartet hat die Behörde bis 15 000 Gesuche. Eingegangen sind jedoch nur rund 9000 (Ausgabe vom 16. Mai).

Spekulieren mit dem Tod

Verkürzt sich jetzt auch die lange Frist, in der die Bundesbürokratie die Auszahlungen erledigt? Denn nach dem ursprünglich vorgestellten Fahrplan der Behörden dauert die Auszahlung bis ins Jahr 2021. Das heisst: Viele der Opfer müssen noch Jahre auf das ihnen zustehende Geld warten. Von rascher und unbürokratischer Auszahlung der lange erkämpften Entschädigung keine Spur. Mit je-

dem Monat Verspätung ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass die Opfer sterben, bevor sie das Geld bekommen.

Für Candinas ist das ein Unding. Er fragte deshalb, ob sich wenigstens aufgrund der quasi halbierten Eingabezahl auch die ursprünglich geplante Auszahlungsfrist halbieren. Immerhin, so Candinas, kämpften viele der Gesuchsteller mit gesundheitlichen Problemen, manche seien gar todkrank. Eine schnellere Auszahlung sei deshalb dringend, wenn man die Opfer des fürsorgerischen Freiheitsentzugs nicht noch einmal zu Opfern machen wolle.

Weniger Gesuche ...

Doch das kümmert den Bundesrat nicht. Er erteilt Candinas eine abschlägige Antwort, die so technokratisch tönt, wie es der fürsorgerische Freiheitsentzug war, um die Entschädigung dessen Unrechts es jetzt geht. «Die bisher gemachten Erfahrungen

zeigen, dass es weit weniger Routinefälle gibt als ursprünglich erwartet», so der Bundesrat. Deshalb sei «bei der Bearbeitung Sorgfalt und Flexibilität erforderlich, nicht zuletzt auch bei den Kontakten mit den Opfern und involvierten Behörden». Deshalb könne «nicht damit gerechnet werden, die Bearbeitungsdauer für alle Gesuche entscheidend zu verkürzen.»

... doppelt so viel Zeit

Das Bundesamt für Justiz werde aber «alles daransetzen», dass die vom Parlament gesetzte Frist von bis Ende März 2021 nicht «unnötig ausgeschöpft» werde. Im Klartext: Die Behörden lassen sich für 50 Prozent der Anträge gleich viel Zeit wie für die einst erwarteten 100 Prozent. Die Betroffenen, die oft seit ihrer frühesten Kindheit mit Behörden übelste Erfahrungen gemacht haben, sehen sich in ihrer Haltung einmal mehr bestätigt.

KMU-Projekt fasst Fuss im Engadin

Bis zu zwölf Engadiner KMU können in den nächsten zwei Jahren ihre Betriebe mit professioneller Unterstützung auf Familienfreundlichkeit trimmen. Das Programm «Bündner KMU in Aktion» der Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann und der Fachstelle UND geht in die nächste Runde, wie es in einer Mitteilung heisst. Im Rahmen des Projekts analysieren die KMU ihre Arbeitsbedingungen auf Familienfreundlichkeit, entwickeln und testen individuelle Massnahmen und tauschen sich aus. Ziel des Programms sei, ein Bewusstsein für die positiven wirtschaftlichen Aspekte von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen zu schaffen, heisst es.

Acht Engadiner Betriebe nehmen laut Mitteilung bislang teil, nämlich Spitex Oberengadin, Klinik Gut, Stiftung Kibe Oberengadin, Tourismus Scuol Samnaun Val Müstair, Hotel Waldhaus in Sils, Academia Engiadina, Lyceum Alpinum Zuoz sowie Engadiner Kraftwerke. Weitere interessierte KMU können sich bis Ende Juni melden (www.stagl.gr.ch).

Bislang nahmen in den Vorgängerprojekten für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Bündner Rheintal und in den Regionen Viamala, Surselva und Albula insgesamt 18 Betriebe mit rund 1300 Mitarbeitenden teil. Das Projekt, das durch den Kanton, die Regionen und den Bund getragen werden, wird seit 2011 durchgeführt. (red)

Samedan reaktiviert Parkplätze

Mit der Neugestaltung des Dorfplatzes im Jahr 2012 wurden die vorhandenen Parkplätze in Samedan aufgehoben. Die nicht mehr verfügbaren Kurzzeitparkplätze haben sich allerdings gemäss den umliegenden Gewerbetreibenden negativ auf das Kundenverhalten ausgewirkt. «Auf dringendes Ersuchen des Gewerbes hat nun der Gemeindevorstand nach reiflicher Überlegung beschlossen, auf dem Dorfplatz wieder Parkierungsmöglichkeiten zu schaffen, dies in Form von vier gebührenpflichtigen Kurzzeitparkplätzen», heisst es im aktuellen Gemeindevorstandsbericht. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des ordentlichen Genehmigungsverfahrens gemäss Strassenverkehrsgesetzgebung. (fh)

INSERAT

Thomas Müller
SVP-Nationalrat/SG

«Das Gesetz nützt der AHV, Kultur und dem Schweizer Sport. Meine Empfehlung als ehemaliger Präsident des FC St. Gallen: JA!»

Gemeinnütziges Geldspielgesetz

Komitee für AHV, Sport und Kultur
www.geldspielgesetz-ja.ch